

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 9

Ausgegeben am 29. November 1918

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Drängende Wirtschaftsprobleme.

Von Heinrich Cunow.

Zu den schwierigsten und zugleich dringlichsten Problemen, vor die sich die aus der deutschen Revolution hervorgegangene Reichsregierung in der nächsten Zeit gestellt finden wird, gehört das Ernährungsproblem — die Aufgabe, für die durch die Masse der zurückströmenden Truppen vermehrte Bevölkerung zureichende Nahrung zu schaffen. Von der Lösung dieser Aufgabe wird es vor allem abhängen, wie die Revolution verläuft, welche Bahnen sie einschlägt, zu welchen inneren Kämpfen und Umgestaltungen sie führen wird; denn der Hunger ist, wie alle großen Revolutionen lehren, nicht zum wenigsten das französische Revolutionsdrama an der Wende des achtzehnten Jahrhunderts, der stärkste revolutionäre Faktor und der rückichtsloseste Rebell, der mit ungezügelter Gewalt alle bedächtigen Erwägungen, alle schönen Spekulationen durchbricht. Fast alle Sturmtage der großen französischen Revolution, an denen die Volksmenge in Massen auf den Pariser Straßen und Plätzen erschien, alte Regierungen stürzte und neue aufrichtete, waren zugleich Zeiten der größten Lebensmittelnot.

Die Beschaffung der nötigen Nahrungsmittel ist jedoch heute eine noch ungleich schwierigere Leistung, als in den letzten Kriegsjahren. Irgendwelche nennenswerten Vorräte sind aus dem alten in das neue Erntejahr nicht übernommen worden, und der vielfach ausgemergelte Boden hat unter den ungünstigen Witterungsverhältnissen des Spätsommers in manchen Gegenden nur einen mäßigen Ernteertrag geliefert, der zudem infolge mangelnder Arbeitskräfte teilweise schlecht unter Dach und Fach gebracht worden ist. In einzelnen deutschen Gegenden sollen nach den Berichten sogar noch jetzt, Mitte November, nachdem bereits raue Nachfröste eingesetzt haben, beträchtliche Mengen von Kartoffeln in der Erde stecken. Dazu kommt, daß bei dem durch die Waffenstillstandsbedingungen erzwungenen überhasteten Rückzug und der Selbstauflösung vieler Etappenstationen ganz unvermeidlich viele zur Verpflegung der Truppen bestimmte Lebensmittelvorräte verloren gehen werden, und daß ferner die in den Waffenstillstandsbestimmungen enthaltene Forderung der Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastautomobilen die ohnehin nicht genügenden Transportmittel noch mehr verringert. Zudem hören die Bezüge, die das Deutsche Reich bisher teilweise aus okkupierten Gebieten erhalten hat, völlig auf, während zugleich in der jetzigen politischen Lage eine Vergrößerung der Lebensmittelrationen, nicht nur der Brot- und Mehlrationen, sich kaum umgehen lassen wird.

Soll unter diesen frühen Verhältnissen die Volksernährung aufrecht-erhalten werden, so muß nicht nur die bisherige Nahrungsbeschaffungs- und -verteilungsorganisation bestehen bleiben, es muß auch versucht werden,

größere Mengen notwendiger Nahrungsmittel, vornehmlich von Getreide, in Deutschland hereinzuholen. Daher ist erfreulich, daß der Präsident Wilson die Bereitwilligkeit der amerikanischen Regierung zur Versorgung Deutschlands mit notwendigen Lebensmitteln ausgesprochen hat. Zu einem sorglosen Optimismus, wie er in einem Teil der deutschen Presse zum Ausdruck kommt, gibt dieses Zugeständnis jedoch keinen Anlaß; denn zunächst sollen die mit der Union verbündeten Länder, dann die sogenannten neutralen Staaten und erst nach diesen Deutschland und Österreich berücksichtigt werden. Die mit den Vereinigten Staaten verbündeten Länder werden aber in der nächsten Zeit selbst beträchtliche Getreidemengen gebrauchen; denn die Ernten sind nach den Berichten der Fachpresse ziemlich ungünstig ausgefallen. In England hat die Weizenanbaufläche im Jahre 1916 rund 2 052 000 Acres, der Ertrag 1 627 000 Tonnen betragen; im vorigen Jahre wurden 2 104 000 Acres mit Weizen bebaut und 1 629 000 Tonnen geerntet. Die Weizeneinfuhr stellte sich 1916 auf 4 991 000, 1917 auf 4 133 000 Tonnen. Für 1918 wird die Anbaufläche auf rund 2,8 Millionen Acres, der Ertrag (eine zuverlässige Statistik fehlt noch) von Sachkennern auf 2,3 bis 2,4 Millionen Tonnen geschätzt. England kann also diesmal infolge der Ausdehnung der bebauten Flächen mit einem größeren Weizenertrag rechnen. Dem steht aber gegenüber, daß eigentliche Lagerbestände in das neue Erntejahr nicht mit hinübergenommen werden konnten, die Kartoffelernte, besonders in den hauptsächlich in Betracht kommenden schottischen Gebieten, schlecht ausgefallen ist, so daß trotz der Vergrößerung des Anbauareals der Ertrag der Kartoffelernte nur auf ungefähr 70 Prozent des vorjährigen Ergebnisses geschätzt wird. Mit einer Abnahme des Einfuhrbedarfs ist also im laufenden Erntejahr in England nicht zu rechnen, eher auf eine Steigerung, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alsbald nach Friedensschluß der Konsum beträchtlich wachsen wird, zumal sich die englische Regierung vor kurzem durch die fortgesetzten Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Brotes dazu genötigt gesehen hat, die Quote der Zwangsbeimischung anderer Mehle von 25 auf 20 Prozent herabzusetzen. In den Jahren vor dem Weltkrieg hat England — freilich bei einer etwas kleineren Anbaufläche wie zurzeit — durchschnittlich 6 bis 7 Millionen Tonnen Weizen importiert.

Besser ist die Weizenernte Frankreichs ausgefallen, so daß eine Erhöhung der Brotationen stattfinden soll, doch läßt der Ertrag der Kartoffelernte auch dort viel zu wünschen übrig. Ebenso in Italien, dessen Weizenernte zwar auf 4,3 bis 4,5 Millionen Tonnen geschätzt wird, dessen Mais- und Kartoffelernte aber ebenfalls weit hinter den vorjährigen Erträgen zurückgeblieben ist. Und nicht viel günstiger ist die Lage einiger neutraler europäischer Länder, so daß Hoover, der Nahrungsmittelverwalter der Vereinigten Staaten, kürzlich in dem vor seiner Abreise nach Europa erstatteten Bericht mit einer gewissen Berechtigung zu konstatieren vermochte, mit Ausnahme von drei europäischen Ländern, nämlich Dänemark, Ungarn und Südrußland, bedürfte eigentlich ganz Europa der Lebensmittelfuhr, um mit seinen Vorräten bis zur nächsten Ernte zu reichen.

Die Vereinigten Staaten werden also beträchtliche Weizenmengen an ihre Verbündeten und die neutralen Staaten zu liefern haben; dennoch ist die Union, wenn sie will, imstande, auch Deutschland noch mit ansehnlichen Quantitäten auszuhelfen; denn die Weizenbestände Nordamerikas (auch

Kanadas) sind in den letzten Wochen stetig gewachsen, während die Maisvorräte hinter den Erwartungen zurückblieben. Und ebenso wird voraussichtlich Argentinien in der Lage sein, große Weizenmengen abzugeben. Seine Vorräte aus alter Ernte sind zwar, da es in den Monaten Juli, August, September enorme Massen, ungefähr das Vierzehnfache wie in der gleichen Zeit des vorigen Jahres, zur Verschiffung gebracht hat, zurzeit nur mäßig; aber da die hohen Preise lockten, ist die diesjährige Weizenanbaufläche auf rund 6 870 000 Hektar gestiegen, und die letzte Zeit hat nach einer vorausgegangenen längeren Trockenheitsperiode ausgiebige Regenfälle gebracht, so daß mit einem den eigenen Verbrauch übersteigenden, zur Ausfuhr bereitzehenden voraussichtlichen Weizenüberschuß aus der neuen Ernte von 4,5 Millionen Tonnen gerechnet wird.

Die Möglichkeit, die deutschen Getreidevorräte durch Zufuhren aus den Vereinigten Staaten und Argentinien zu ergänzen, ist also vorhanden; aber in jedem Falle wird Deutschland sich dazu verstehen müssen, Preise zu zahlen, die seine Höchstpreise wesentlich übersteigen. Sind auch infolge des Anwachsens der Vorräte trotz der Aussichten auf wachsenden Absatz die Weizenpreise am Chicagoer und New Yorker Markt wie auch in Buenos Aires etwas gefallen, so stehen sie doch noch immer enorm hoch. Vor Beginn des Krieges betrug der Weizenpreis in New York für Lokoware (Rot Winter Nr. 2) 92 bis 93 Cent pro Bushel, begann aber dann unter dem Einfluß der Kriegsverschiffungen bald zu steigen, so daß er sich gegen Ende Oktober schon auf 125 bis 126 Cent stellte. Diese Tendenz haben im ganzen die Weizenpreise beibehalten, wenn sie auch je nach dem Verhältnis der Erntemengen zur Nachfrage, der wechselnden argentinischen Konkurrenz und der Gestaltung der Schiffsbaufrachten verschiedentlich stark geschwankt haben. In den letzten Tagen stellte sich der Preis für gleiche Qualitäten in New York auf 287½ Cent, also um ungefähr 158 Prozent höher als vor Kriegsausbruch. Dazu kommt die enorme Steigerung der Schiffsfrachten, die selbst dann, wenn die Unterseeboot- und Minengefahr aufhört, die eingesperrten Handelsschiffe wieder in den Frachtdienst eingestellt werden und ein Teil der für militärische Transporte requirierten Frachtflotte (ein Teil, der übrigens zunächst noch wenig in Betracht kommt) dem Handelsverkehr zurückgegeben wird, sich noch eine Zeitlang auf anormaler Höhe behaupten werden.

Selbst wenn Deutschland also der Bezug von amerikanischem Getreide ermöglicht wird, muß es dafür enorme Preise zahlen, weit höhere als die jetzigen deutschen Höchstpreise. Diese Aussicht ist es auch, nicht etwa Menschenfreundlichkeit oder ethische Erwägungen, die gewisse kapitalistische Kreise der nordamerikanischen Union veranlaßt hat, die Zusage Wilsons, daß er die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland erwägen wolle, zustimmend aufzunehmen. Man hofft in jenen Geschäftskreisen, daß durch den Lebensmitteltransport nach Deutschland die Nachfrage gesteigert und eine Preislenkung vermieden, vielleicht sogar ein neues Anziehen der Preise herbeigeführt wird. Selbstverständlich kann weder ein solcher Preishochstand noch eine zeitweilige ungünstige Rückwirkung auf den Stand der Valuta die deutsche Regierung davon abhalten, aus den Vereinigten Staaten nötige Lebensmittel einzuführen. Die Sicherung der Volksernährung ist neben dem Wiederaufbau des Wirtschaftsgebietes das wichtigste

Gebot der Stunde, auch wenn solche Sicherung schwere finanzielle Opfer erfordern sollte. Ebenso wenig dürfen in Rücksicht auf die Kosten der Zufuhr die deutschen Getreidehöchstpreise erhöht und das Brot noch mehr verteuert werden. Es ist vielmehr nötig, daß die deutsche Reichsregierung, wenn sich zwischen den Bezugspreisen für amerikanisches Getreide und den deutschen Höchstpreisen erhebliche Preisspannungen ergeben, zu dem von England befolgten System greift und die Differenz auf die Reichskasse übernimmt.

Die Sicherstellung der Volksernährung ist zweifellos heute die wichtigste Aufgabe der Volksregierung; soll aber das zerstörte Wirtschaftsleben wieder ausgerichtet, die Produktion in Gang gebracht und den aus dem Felde zurückkehrenden Massen lohnende Beschäftigung geboten werden, so muß die Zusage Wilsons auch auf verschiedene Rohstoffe ausgedehnt werden. Die an die Adresse des amerikanischen Präsidenten gerichteten Notrufe haben sich bisher fast ausschließlich auf die Ernährung und die Erhaltung der Transportmittel bezogen — nicht weniger wichtig ist die Zufuhr verschiedener Rohstoffe, vor allem der Baumwolle. Auch für den Bezug dieses Rohstoffs ist die Marktlage eine relativ günstige. Die amerikanischen Baumwollvorräte haben sich als größer herausgestellt, wie noch meist vor kurzem angenommen wurde. Die Ernteschätzungen des Zensusamts müssen als zu niedrig gelten. Tatsächlich sind denn auch die amerikanischen Preisnotierungen weiter gesunken, obgleich in letzter Zeit größere Mengen nach England verschifft worden sind. Was noch vor kurzem in den amerikanischen Exportkreisen als preissteigerndes Moment angesehen wurde: die voraussichtliche baldige Beendigung des Krieges, scheint unter dem Einfluß der Vorratsanhäufung Anlaß des Preisdrucks geworden zu sein. Während der Preis für sofort greifbare Baumwolle sich noch Ende September auf 34,95 Cent pro Pfund in New York stellte, hat er am 13. November nur 27,75 Cent, am 14. November 28,55 Cent betragen. Auch das ist freilich noch immer im Vergleich zu Friedenszeiten ein horrender Preis. Ende Juli 1914, vor dem Beginn des Weltkriegs, notierte in New York das Pfund sofort lieferbarer Baumwolle nur 13 bis 13,25 Cent und sank dann, da auswärtige Aufträge fast völlig ausbleiben, bis gegen Ende Oktober auf 8,50 Cent; aber mit solchen Preislagen wird die deutsche Textilindustrie in den nächsten Jahren nicht wieder rechnen können, selbst wenn die Erfolge auf dem Gebiet des Ersatzes für Baumwolle sich noch beträchtlich mehren und dadurch der Baumwolle starke Konkurrenten entstehen sollten.

Und wie mit der Baumwolle steht es mit einer Reihe anderer Rohstoffe, zum Beispiel Kautschuk. Die Weltproduktion dieses Artikels hat sich in den letzten Jahren derart vermehrt, daß die im Jahre 1917 erzeugte Menge nach den statistischen Berechnungen mehr als das Doppelte der Produktion des Jahres 1914 betragen hat, nämlich rund 256 970 Tonnen gegen 120 380 Tonnen: eine Erzeugung, von der im Jahre 1914 die Vereinigten Staaten nur 62 940, im Jahre 1917 bereits 183 370 Tonnen gebraucht haben — eine Zunahme, die deutlich den Aufschwung der amerikanischen Kautschukindustrie illustriert. Die Welterzeugung für das Jahr 1918 wird auf 280 000 Tonnen geschätzt, von denen voraussichtlich ein beträchtlicher Teil als Vorrat ins nächste Jahr übernommen werden muß, wie denn auch der Preis am amerikanischen Markt auf 75 Cent pro Pfund gefallen ist.

Es ist nicht ganz richtig, wenn versichert wird, es herrsche zurzeit überall Rohstoffmangel in der Welt, wenigstens trifft das nicht in dem Umfang zu, wie oft behauptet wird — nur sind durchweg unter den Wirkungen des Krieges auch in den Ursprungsländern die Rohstoffpreise erheblich gestiegen, und ferner fehlte es bisher an Transportmitteln, an Schiffen. Diese für den Frachtdienst bereitzustellen, ist jetzt ebenfalls eine der wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben. Die Forderung Wilsons, Deutschland solle sich durch eigene Schiffe die ihm zugebilligten Lebensmittel holen, hat ihre Berechtigung. Bedingung ist freilich, daß die deutschen Schiffe, wenn sie auch, solange die Blockade andauert, sich gewisse Kontrollmaßnahmen gefallen lassen müssen, doch unter deutscher Flagge verbleiben. In englischen Reederkreisen rechnet man, den Äußerungen der britischen Presse nach zu urteilen, allem Anschein nach mit einer Vollcharterung deutscher Schiffe auf längere Zeit, die England einen größeren Teil der deutschen Kauffahrteiflotte ausliefert und für dessen Konkurrenzwecke nach Friedensschluß zur Verfügung stellt. Man erkennt in England nur zu gut, welchen mächtigen Aufschwung der amerikanische Schiffsbau in den Kriegsjahren genommen hat und welche Gefahr dadurch der englischen Schifffahrt in bestimmten Meeren droht. Diese Gefahr abzuwehren oder doch zu verringern, dazu erscheint den englischen Reedern die Gewinnung eines freien Verfügungsrechts über den wertvollsten Teil der Deutschland verbliebenen Handelsflotte das beste Mittel. Bedrohlich ist allerdings für England das mächtige Anwachsen der amerikanischen Schiffstonnage. Während vor Beginn des Krieges die nordamerikanische Union nur mit 1 095 165 Bruttoregister-tonnen am Überseehandel beteiligt war und der größte Teil ihrer Flotte lediglich in der Küsten- und Binnenschifffahrt Verwendung fand, hatte bereits am 1. Juli 1918 die im Überseefahrt beschäftigte amerikanische Handelsflotte mit Einschluß der beschlagnahmten, geharteten und requirierten fremden Schiffe einen Raumgehalt von 4,7 Millionen Bruttoregister-tonnen, der nach der Schätzung des Präsidenten des amerikanischen Schifffahrtsamtes durch weitere Neubauten bis zum 1. Juli 1919 bis auf 10 Millionen Tonnen steigen wird. Über welches Interesse hat Deutschland daran, auf Kosten seiner eigenen wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der englischen Reederei die Konkurrenz gegen die amerikanische zu erleichtern?

Deutschlands Bestreben muß es vielmehr sein, wenn es seine wirtschaftliche Bedeutung wiedererlangen will, die durch den Krieg verloren gegangene Tonnage möglichst bald durch Neubauten zu ersetzen. Es ist das zugleich eine Vorbedingung seiner Wiedergewinnung fremder, überseeischer Absatzmärkte und der heute mehr als jemals nötigen Ausdehnung seiner Exportindustrie. Unsere innere wirtschaftliche Entwicklung wird nach Friedensschluß aufs engste mit unseren auswärtigen Handelsbeziehungen verknüpft sein. Die Möglichkeit zu solchen Neubauten ist gegeben; denn auch der deutsche Schiffsbau hat während der Kriegszeit Fortschritte gemacht. Während vor dem Kriege in Deutschland 18 Werftgesellschaften mit einem Aktienkapital im Betrag von 83,3 Millionen Mark bestanden, wird jetzt der Schiffsbau von 30 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 163,6 Millionen Mark betrieben.

Die deutsche Revolution der letzten Wochen hat nicht nur einen rein politischen, sondern zugleich einen sozialen Charakter. Sie ist nicht bloß, wie

es jetzt in einem Teil der bürgerlich-demokratischen Presse heißt, eine Erneuerung und verstärkte Fortsetzung der revolutionären Bewegung der Jahre 1848/49, die mit der Zurückgebliebenheit unserer politischen Zustände hinter den Forderungen der sogenannten modernen Zeit, mit der Diktatur des Militarismus und der Junkerkaste aufräumt; sie ist vielmehr zugleich eine soziale Bewegung, die mannigfache soziale Aufgaben hat: vornehmlich die Verstaatlichung und Kommunalisierung eines Teiles des konzentrierten Großbetriebs. Schon die fiskalischen Interessen des neuen Reiches werden zu solchen Schritten zwingen. Doch wichtiger ist vorerst, daß der Hungerkrisis und Arbeitslosigkeit vorgebeugt wird und die gelähmte Wirtschaftsmaschinerie wieder funktioniert. Zunächst gilt es, den wirtschaftlichen Zusammenbruch der neu entstandenen deutschen Republik zu verhüten und die durch den Krieg aufgeschichteten furchtbaren Verölmassen abzutragen, die, alle Entwicklung versperrend, auf unserer Zukunft lasten.

Die Entwicklung der bayerischen Volkswirtschaft.

Von Otto Thomas (München).

Mehr als im Frieden ist während des Krieges Bayern in der Öffentlichkeit beachtet worden. Man hat die Stellung Bayerns im Deutschen Reiche mit der Ungarns in Osterreich verglichen. Tatsächlich ist für weite Kreise Bayern das Agrarland, dessen Bedeutung im Kriege wesentlich im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in den Vordergrund trat. Es ist richtig, Bayern ist auch heute noch im wesentlichen Agrarstaat, durchsetzt von kleineren und mittleren Gewerbebetrieben. Die industrielle Entwicklung hat bei weitem nicht den Umfang angenommen, wie es in anderen Gegenden Deutschlands der Fall ist. Wenn jedoch die während des Krieges eingesetzte großindustrielle Entwicklung nach dem Kriege sich in Bayern fortsetzt, so wird auch der zweitgrößte der deutschen Bundesstaaten mehr als bisher dem Rhythmus der modernen industriellen Produktionsweise sich anpassen müssen. Als nach dem Kriege 1870/71 in ganz Deutschland ein moderner industrieller und handelspolitischer Aufschwung eintrat, nahm auch Bayern an diesem Aufschwung teil, wenn es auch infolge seiner besonderen Lage und wirtschaftlichen Struktur dieser Entwicklung nicht so rasch folgen konnte. Die Zunahme der Bevölkerung im Zeitraum von 1840 bis 1910 stieg von 4,3 Millionen auf 6,8 Millionen oder um insgesamt $2\frac{1}{2}$ Millionen. Für die Zeit vor dem Deutsch-Französischen Kriege kommt aber nur eine Steigerung von einer halben Million in Betracht, während in der Zeit nach dem Kriege bis zum Jahre 1910 die Bevölkerung um nicht weniger als 2 Millionen zunahm. Für einzelne Gegenden bedeutet diese Zunahme eine ganz erhebliche Mehrung der Volksdichtigkeit. Ganz besonders kommt diese in den großen Städten zur Geltung. So betrug die Einwohnerzahl von:

	Einwohnerzahl			Zunahme in Prozent	
	1840	1871	1910	1840—71	1871—1910
München	117073	183841	596467	57,0	224,4
Nürnberg	53810	94653	333142	75,9	252,0
Ludwigshafen a. Rh.	2980	10156	83301	240,8	720,2

Hand in Hand mit der Vermehrung der Bevölkerungsziffer ging eine Verringerung der allgemeinen Sterblichkeitsziffer. Während vor 1871 fast